

Zweite KLIMA.WERKSTATT in Düsseldorf

## Ein konstruktiver Prozess der Verständigung

Rund 100 Teilnehmer diskutierten das Thema energetische Gebäudesanierung



Rund 100 Teilnehmer begrüßte Andrea Arcais, Geschäftsführer des KlimaDiskurs.NRW e.V., bei der zweiten KLIMA.WERKSTATT am vergangenen Donnerstag (30. Oktober 2014) im Hotel Nikko in Düsseldorf. *Gemeinsam Handeln: Energetische Gebäudesanierung neu denken* war der Leitgedanke des Netzwerktreffens. Der KlimaDiskurs.NRW e.V. fungiert als unabhängige Plattform für Klimaschutz in Nordrhein-Westfalen. Es ist das erklärte Ziel des parteipolitisch unabhängigen Vereins, im Diskurs gemeinsam Antworten auf klima- und energiepolitische Fragen zu geben sowie Kooperationen zu initiieren und zu gestalten.

NRW-Bauminister Michael Groschek (SPD) verwies darauf, dass die von der Bundesregierung vorgegebene Steigerung der energetischen Sanierungsrate von jährlich ein auf zwei Prozent bislang nicht in Sicht sei. Es gebe ein „erhebliches Delta“ zwischen den nationalen Klimaschutzzielen und dem aktuellen Stand. „Deshalb muss das Land nun klimapolitische Akzente setzen, um die Zahl der energetisch sanierten Wohnungen deutlich nach oben zu treiben“, sagte Groschek. In NRW existierten rund 8,5 Millionen Wohneinheiten, von denen etwa sechs Millionen vor 1977 – dem Jahr der ersten Wärmeschutzverordnung – gebaut wurden. Der Sanierungsbedarf sei entsprechend hoch, allerdings seien auch die Gebäudeeigentümer bei dem Thema gefragt. „Dazu müssten die Technologien, die zur energetischen Sanierung genutzt werden, für den Bürger bezahlbar sein“, forderte der Minister und ergänzte: „Den Altbestand zu sanieren, wird die eigentliche Meisterleistung sein.“ NRW wolle eigene klimapolitische Akzente setzen, er sei gesprächsbereit. Ausdrücklich ermunterte er zudem die Anwesenden, aktiv zu sein, Ideen zu formulieren und Forderungen zu stellen.

Nach Ansicht von Ulrike Schell, Mitglied der Geschäftsleitung der Verbraucherzentrale NRW und Vorstandsmitglied des KlimaDiskurs.NRW e.V., geht es in der Diskussion um den Nutzen der energetischen Gebäudesanierung auch um eine Versachlichung des Themas. „Die Wärmedämmung hat ein Imageproblem“, sagte sie. Die Dämmung werde häufig als „schimmelfördernd“ oder als „reine Geldmacherei“ für die beteiligten Unternehmen dargestellt.

Laut Lukas Siebenkotten, Bundesdirektor des Deutschen Mieterbundes, gibt es in Deutschland 41 Millionen Wohnungen, von denen etwa zwei Millionen leer stehen oder Ferienwohnungen sind. Von den übrigen 39 Millionen Wohnungen werden 23 Millionen vermietet – 9,1 Millionen davon von Kleinvermietern. Das Thema der energetischen Sanierung kreise deshalb stets um die Frage der Finanzierbarkeit. Deshalb sei es unerlässlich, Mieter und Vermieter in dieser Frage mitzunehmen. Bei

der Finanzierung der energetischen Sanierung müsse sich der Bund mit einem Drittel der Kosten – zum Beispiel über Darlehen oder steuerliche Erleichterungen – beteiligen, der Rest sei auf Mieter und Vermieter zu verteilen. „Der Staat muss Anreize schaffen, damit die Bereitschaft zur energetischen Sanierung steigt“, sagte Siebenkotten und verwies in diesem Zusammenhang auch auf die steuerlichen Rahmenbedingungen.

Neben den Vorträgen gab es auch vier Workshops, in denen die Themen Gentrifizierung, Realisierung von und Kooperation zur Sanierung sowie das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz kontrovers diskutiert wurden. „Es geht uns um mehr als um Veranstaltungsmanagement. Wir wollen alle relevanten Akteure zusammenbringen und gemeinsame Aktivitäten initiieren“, fasste Geschäftsführer Andrea Arcais zusammen. Deshalb sei der nächste Schritt, zeitnah alle Beteiligten einzuladen und im Dialog zu prüfen, die bereits auf Bundesebene bestehende Gebäude-Allianz auch im bevölkerungsreichsten Bundesland zu etablieren. „Wir wollen einzelne Schritte formulieren, wie wir die Sanierungsrate erhöhen können, wie wir vorankommen. Das Ganze ist ein konstruktiver Prozess der Verständigung“, erläuterte Arcais.

Der Bedarf für eine Sanierung der Gebäude sei da, bislang fehle es aber noch an der Akzeptanz unter den Gebäudeeigentümern, sagte der Vorstand des Vereins KlimaDiskurs.NRW, Josef Tumbrinck, am Ende der KLIMA.WERKSTATT. Deshalb sei es nötig, auch an Rhein und Ruhr eine solche Gebäude-Allianz zu gründen – ein Bündnis aus Politik, Initiativen der Wohnungswirtschaft, dem Verbraucherschutz, den Umweltverbänden, den Handwerkskammern, der Bauwirtschaft, den Architekten und der Wissenschaft. Nun gehe es auch darum, das Thema stärker in die Öffentlichkeit zu tragen und Gebäudeeigentümer davon zu überzeugen, dass energetische Sanierung sinnvoll ist.

Der KlimaDiskurs.NRW e.V. wird auch die zweite KLIMA.WERKSTATT ausführlich dokumentieren und in Kürze auf der Website [www.klimadiskurs-nrw.de](http://www.klimadiskurs-nrw.de) zur Verfügung stellen.